Bericht der Präsidialverwaltung

Autor(en): **Joss, F. / Guggisberg, P. / Dürrenmatt, H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1929)**

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-417094

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1929.

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **F. Joss.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg.**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **H. Dürrenmatt.**

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden zwei kantonale und zwei eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 3. März 1929 wurde der Entwurf zu einem Gesetz über den Salzpreis dem Volke unterbreitet. Von 189,089 stimmberechtigten Bürgern gingen zur Urne 113,523; davon stimmten 78,487 der Vorlage zu, wogegen sich 26,613 dagegen aussprachen. Die annehmende Mehrheit betrug somit 51,874 Stimmen und die Stimmbeteiligung 60,04 %.

Am 3. November wurden dem Volke zwei Vorlagen zur Abstimmung vorgelegt. Das Gesetz betreffend die Pfarrwahlen und die Erweiterung des kirchlichen Frauenstimmrechts vereinigte 20,991 Stimmen auf sich, während 11,440 Bürger sich dagegen aussprachen. Die annehmende Mehrheit betrug also 9551. Auch das Gesetz betreffend die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung wurde mit einem Mehr von 3898 Stimmen angenommen, nämlich bei 18,221 annehmenden und 14,323 verwerfenden Stimmen. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug bei diesen Abstimmungen 188,427, von welchen sich 34,537 zur Urne begaben oder nur 18,35 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

Solche fanden statt am 3. März und am 12. Mai. Zur Abstimmung kam am 3. März das Volksbegehren um Aufnahme eines Art. 23bis in die Bundesverfassung (Getreideversorgung der Schweiz) und der Gegenentwurf der Bundesversammlung dazu, sowie das Bundesgesetz vom 27. September 1928 zur Abänderung von Art. 14 des BG vom 10. Oktober 1902 betreffend den schweizerischen Zolltarif (statistische Gebühr). Das Volksbegehren wurde im Kanton verworfen mit 106,381 gegen 3206 annehmende Stimmen, also mit einem Mehr von 103.175 Stimmen. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung erzielte dagegen eine annehmende Mehrheit von 32,089 Stimmen, wobei sich 71,015 Bürger für

und 38,926 gegen die Vorlage aussprachen. Das Bundesgesetz über die Abänderung des schweizerischen Zolltarifs vereinigte im Kanton auf sich 68,326 Ja und 38,367 Nein; es wurde also angenommen mit einem Mehr von 29,959 Stimmen. Die Stimmbeteiligung betrug an diesem Tage 60,55 %.

Bei der Abstimmung vom 12. Mai über die beiden Volksbegehren betreffend den Strassenverkehr und das Kantons- und Gemeindeverbotsrecht für gebrannte Wasser, die zum Genuss bestimmt sind, gingen 100,942 Bürger zur Urne. Beide Volksbegehren wurden im Kanton verworfen, und zwar das erste mit 62,204 Nein gegen 36,130 Ja und das zweite mit 67,962 Nein gegen 33,389 Ja. Die Stimmbeteiligung betrug 53,16 %.

Volkswahlen.

Am 3. November fanden die Wahlen für die eidgenössischen Geschworenen statt. Diese Wahlen haben vielerorts den Wahlkörper nicht stark interessiert. In einzelnen Wahlkreisen hatte sich niemand um die Aufstellung der Kandidaten bekümmert, oder es wurden die Namen der Aufgestellten nicht bekanntgegeben. Verschiedentlich wurden deshalb Bürger gewählt mit nur einer oder zwei Stimmen; ebenso war die Zahl der leeren und ungültigen Stimmen unverhältnismässig gross.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1929 bis 30. November 1930 gewählt: Regierungsrat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprecher P. Charmillot in St. Immer. In der bernischen Deputation im Nationalrat wurde der zum Bundesrat gewählte R. Minger ersetzt durch Landwirt A. Held in Sumiswald.

Grosser Rat.

Der Grosse Rat hielt im Berichtsjahre 3 Sessionen mit 34 Sitzungen ab.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1928/29 amtete als Grossratspräsident: Lokomotivführer E. Jakob in Port. Für das Verwaltungsjahr 1929/30 wurde als Grossratspräsident gewählt: Johann Mühlemann, Notar in Meiringen. Leider war der Gewählte nur während der Septembersession in der Lage, sein Amt zu versehen. Kurz nach dieser Session erkrankte der noch rüstige Mann an einer heimtückischen Krankheit und starb einige Tage später. Seine Tätigkeit zum Wohle der Öffentlichkeit und seine Mitarbeit im Grossen Rate, dem er seit 1914, also während 15 Jahren, ununterbrochen angehörte, sei ihm auch an dieser Stelle verdankt. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Louis Bueche, Architekt in St. Immer, und Ernst Bütikofer, Parteisekretär in Bern. Der erstere übt als Vizepräsident, gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 11. November 1929, die Amtspflichten des Vorsitzenden aus.

Der Bestand der Behörde erlitt im Berichtsjahre folgende Veränderungen: Verstorben sind die Mitglieder: Fritz Reist, Sumiswald, Ernst Berger, Langnau, Fritz Graf, Niederhünigen, und J. Mühlemann, Meiringen; ausgetreten sind G. Aeschlimann, Sumiswald, Rob. Burri, Rüschegg, Emil Osterwalder, Niederbipp, Fritz Gyger, Gampelen, Ed. Kunz, Ersigen, Samuel Matter, Lyss, August Laur, Biel, Jacques Bolli, Delsberg und R. Minger, Schüpfen. Neu in den Rat eingetreten sind: Emil Augsburger, Lützelflüh, Samuel Steiner, Herzogenbuchsee, Rudolf Zwahlen, Rüschegg-Graben, Gottfried Althaus, Ersigen, Otto Gyger, Gampelen, Karl Schneiter, Lyss, Hermann Flückiger, Biel, E. Werner Meister, Rüegsauschachen, Christian Baumann, Tägertschi, Ernst Moser, Langnau, Camille Comte, Courtételle, und Fritz Michel, Meiringen.

Folgende wichtigere Geschäfte wurden behandelt:

1. **Gesetze.** Gesetz über die Pfarrwahlen und Erweiterung des kirchlichen Frauenstimmrechtes (zweite Lesung). Gesetz über die Wahl von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung (erste und zweite Lesung), sowie die Gesetze über die Jugendrechtspflege, Vereinfachung von Beamtenwahlen und über die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 21. Juli 1872 und des Vereinfachungsgesetzes vom 2. Mai 1880 (erste Lesung).

2. **Dekrete.** Dekret betreffend die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Meiringen; Dekret betreffend Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 19. Mai 1920 über die Vermögensverwaltung und das Rechnungswesen der Gemeinden; Dekret betreffend Umlegung von Baugebiet; Dekret über das Strassenverkehrsamt; Dekret betreffend die kantonale Handels- und Gewerbekammer; Dekret betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen der Besoldungsdekrete; Dekret betreffend die Besoldungen der Hochschulprofessoren und das Dekret betreffend Errichtung einer vierten Pfarrstelle an der Johanneskirchgemeinde Bern.

3. **Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen.** Es wurden 30 Motionen und Postulate behandelt und 28 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. **Andere Geschäfte.** Als solche seien folgende wichtigere genannt: Beschluss des Grossen Rates betreffend Darlehen der Hypothekarkasse für Bodenverbesserungen; Erziehungsanstalt Brüttelen, Um- und Neubauten und Ergänzung der Zweckbestimmung; Bericht des Regierungsrates betreffend die Errichtung einer alpwirtschaftlichen Schule, verbunden mit Gutsbetrieb und Alpkäsereibetrieb; Beschluss betreffend die Ausführung von Neubauten für die Hochschule; Kenntnisnahme vom Beschluss der Hypothekarkasse betreffend die Aufnahme eines 25 Millionen Anleihens, vom Bericht des Regierungsrates betreffend die Hilfsaktion für das Gewerbe und von der Beteiligung der B. K. W. an der Aarewerke A.-G.

Regierungsrat.

Im Bestande des Regierungsrates trat im Berichtsjahre kein Wechsel ein. Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor des Innern und des Militärs, Fr. Joss, und vom 31. Mai an, Dr. P. Guggisberg, Direktor der Finanzen und Domänen. Im Berichtsjahre wurden 118 Sitzungen abgehalten und 5579 Geschäfte erledigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr nahm die Verwaltung ihren ordentlichen Gang; besonders grosse und schwierige Arbeiten wurden nicht an sie gestellt.

Bezirksbeamte.

Im Laufe des Jahres traten zurück der Gerichtspräsident von Courtelary, Comment, infolge seiner Wahl zum Oberrichter, Gerichtspräsident Burgunder in Aarwangen, der als Beamter des eidgenössischen Militärdepartementes gewählt wurde, und Regierungsstatthalter und Gerichtspräsident W. Mühlemann in Fraubrunnen infolge seiner Wahl als Vorsteher des kantonalen Strassenverkehrsamtes. Die Genannten wurden ersetzt: in Courtelary durch Fürsprecher Maurice Jacot, in Aarwangen durch Fürsprecher René Keller und in Fraubrunnen durch Fürsprecher Dr. G. Staub.

Durch Ersatzwahlen wurden neu besetzt die Stellen des Gerichtsschreibers, zugleich Betreibungsbeamten von Laufen, des Betreibungsbeamten von Burgdorf und des Gerichtsschreibers, zugleich Betreibungsbeamten von Fraubrunnen.

Ersatzwahlen für Amtsrichter fanden statt in den Amtsbezirken Biel und Burgdorf; für Amtsgerichtssuppleanten in Nidau, Biel, Burgdorf und Schwarzenburg.

Ferner wurden Ergänzungswahlen in die kantonale Schulsynode angeordnet und durchgeführt in den Amtsbezirken Bern, Aarwangen und Büren.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben u. a. folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3,300
Überweisungen an den Grossen Rat . .	216
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von	Fr. 68,259.40
Beglaubigungen von Unterschriften . .	24.286

Im Anweisungsverkehr wurden 1356 Gebührenfälle mit einem Ertrag von Fr. 95,686 erledigt.

Die französische Abteilung der Staatskanzlei besorgte ihrerseits ungefähr 1800 Geschäfte, davon 800 des Regierungsrates und 1000 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie eine beträchtliche Zahl von Publikationen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Hinsichtlich der Räumlichkeiten des Staatsarchivs verdient vorab Erwähnung, dass ein schlimmer Übelstand, das Eindringen von Feuchtigkeit in das Archivgewölbe Nr. 5 mit seinem allerwichtigsten Inhalt an Urkunden, endlich völlig behoben werden konnte. Die Ursache steckte in einem Konstruktionsfehler der benachbarten Abwasserleitung. In dem Gebäude Postgasse 68 wurde auch der nördliche Teil des Erdgeschosses zu Archivzwecken zur Verfügung gestellt, so dass der Rekurskommission ein kleiner Raum neben der Grossratstribüne abgetreten werden konnte.

Der Umzug der Finanzdirektion veranlasste sie und die Kantonsbuchhalterei, grosse Bestände an Akten, Kontrollen, Pfrundurbarien und Rechnungen nebst Druckschriften dem Staatsarchiv zu übergeben. Kleinere Ablieferungen erfolgten aus den Amtsschaffnereien Bern und Wangen. Von der Landwirtschaftsdirektion wurden Materialien über den landwirtschaftlichen Liegenschaftsverkehr und verschiedene Kriegsnotmassnahmen übernommen. Sehr beträchtliche Eingänge kamen aus den Bezirksarchiven von Bern (Gerichtsarchiv), Seftigen, Laupen, Erlach und Freibergen. Unter diesem Zuwachs befinden sich manche Protokolle, Mandatenbücher, Urbarien, Akten aus der Zeit vor 1803 bzw. 1815, die nach erfolgter Einreihung für archivalische Zwecke nützlich sein werden. Die dem 19. Jahrhundert angehörenden Stücke: Kontrollen, Missiven, Verwaltungsakten, Strafprozeduren, Geltstage, Druckschriften etc. werden nach bestehenden Vorschriften behandelt, so dass z. B. überflüssige Amtsblätter, Gesetzesbände, blosse Begleitschreiben, unbedeutende Strafakten beseitigt werden können. Gewisse Druckschriften wiederum sind sehr erhaltenswert.

Ferner wurden zahlreiche Urbarien aus Bezirksarchiven eingereiht, ebenso die von der Finanzdirektion übernommenen, neuern Pfrundurbarien. Die ganze, wichtige Sammlung der «Unnützen Papiere» wurde unter Notierung der Siegel durchgesehen. Richtig geordnet wurden die zahlreichen Urkunden und Akten der einstigen Herrschaft Kiesen, die Mannlehenakten und ein bisher schwierig benützbarer Bestand an Zollakten.

Neben der ordentlichen Weiterführung der Repertorien wurden als Zwischenarbeiten Bandregister zu mehreren Turmbüchern und Spezialregister zu den Bodmerschen Grenzatlanten aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts, sowie zu einigen Materialien des Bauern- und zweiten Toggenburgerkrieges angelegt. Bei der Reorganisation des ehemaligen fürst-bischöflich-baselischen Archivs kamen namentlich die beträchtlichen Abteilungen: Frankreich, sowie Dreissigjähriger Krieg (Schwedenkrieg) an die Reihe, letztere allein etwa 5000 Aktenstücke umfassend, sowie einige tausend Stücke von Testamenten, Inventarien, Teilungen etc. Der Katalog der Bibliothek wurde in den Sommermonaten weitreichend fortgeführt; im Winter kann der unheizbaren Räume wegen daran nicht gearbeitet werden.

Die Benützung des Staatsarchivs für amtliche und wissenschaftliche Zwecke durch einheimische und ausländische Besucher, die schriftliche Auskunfterteilung und die immer zahlreichen Begehren von Familienforschern und Wappenliebhabern konnten auch dieses Jahr statistisch nicht erfasst werden, weil dringendere Obliegenheiten genug Arbeit brachten. Aus dem Nachlass von Herrn Generaldirektor Ed. Will wandte uns seine Witwe eine ansehnliche Sammlung von Druckschriften und Akten zu, wofür ihr auch an dieser Stelle verbindlich gedankt sei.

Auf Einladungen hin beteiligte sich das Staatsarchiv an mehreren Ausstellungen, so durch Ausleihe von ältern Drucksachen an das Kunstgewerbemuseum der Stadt Zürich für seine Ausstellungen: «Die amtliche Urkunde» und «Der Tabak». Für eine heimatkundliche Ausstellung in Aarburg wurden einige Materialien über die dortige Festung zur Verfügung gestellt. Endlich veranstaltete der Malteser- oder Johanniterorden in Paris eine Ausstellung über seine Geschichte. Dazu wurde eine angemessen ausgestattete Übersicht über die einschlägigen Urkunden und Akten sowohl der altbernischen als der fürstbischöflich-baselischen Abteilung beigesteuert, und ein Ritter dieses Ordens liess auf eigene Kosten eine grössere Auswahl von Urkunden der einstigen Johanniterhäuser Münchenbuchsee und Thunstetten

photographisch reproduzieren. Die ausgeliehenen Stücke wurden alle richtig zurückgeliefert.

Das von einigen Freunden der Heimatkunde angeregte Werk der Gemeindechroniken befindet sich auf guten Wegen. Im Staatsarchiv als der Sammelstelle sind schon ziemlich viele solche Arbeiten eingelangt, worunter ganz vorzügliche, mit vieler Hingabe und Liebe besorgte Darstellungen.

Hallwyl-Archiv. Gräfin Wilhelmina von Hallwyl in Stockholm bewies auch dieses Jahr durch einen Besuch und verschiedene Zuschriften ihre Obsorge für das Familienarchiv und liess durch Dr. C. Brun aus Zürich das Werk der Familiengeschichte fortsetzen. Zuhanden dieser Abteilung wurden einige Druckschriften erworben. Der bei der Hypothekarkasse angelegte Hallwylfonds des Staatsarchivs stand zu Anfang des Berichtsjahres auf Fr. 12,310.10 und wuchs durch Verzinsung auf Fr. 12,894.80.

Bern, den 17. Februar 1930.

Der Regierungspräsident:
Guggisberg.

Vom Regierungsrat genehmigt am 8. April 1930.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**